

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gez. 1828

Verlagsnummer No. 22

Bereitete Zeitung im Oberamtsbezirk — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Der Verlag ist bei der Druckerei in Nagold, die Druckerei in Nagold, die Druckerei in Nagold.

Telegraphische Adresse: Gesellschaft Nagold. Postfachkonto: Stuttgart 5113.

Freitag, den 8. Juni 1923

97. Jahrgang

Nr. 131

Tagespiegel

Die Arbeitgeber der englischen Industrie nehmen von 30 000 ausgesparten 25 000 Arbeiter wieder auf. Das Ministerium in Peking ist zurückgetreten. Der Grand Prix in finanziellen Schwierigkeiten der Regierung liegen. Nach dem Pariser „Journal“ soll eine Konferenz der Verbündeten in Offende vorbereitet werden.

Das neue Angebot

Vor der Ueberreichung

Am Donnerstag haben die deutschen Gesandten in London, Paris, Rom und Brüssel den verbündeten Regierungen das neue Entschädigungsangebot überreicht. Am Freitag erfolgt die Veröffentlichung. Vorläufig ist also die deutsche Note nach „Amtsgeheimnis“. Aber es ist unmöglich, eine diplomatische Kundgebung wochenlang mit Wuhenden von Esoterikern, Interessenten und Wirtschaftsführern zurückzuführen, sie dann einigen hundert Parlamentariern bekannt zu geben, ohne daß das Siegel der Verschwörung sich lockert. Die deutsche Note wurde denn auch schon seit einigen Tagen im ganzen Ausland, besonders in England mit einer Ausföhrlichkeit behandelt, als sei sie schon amtlich herausgegeben. Soll man in der deutschen Öffentlichkeit den Ueberschwenglichkeiten spielen?

Also ganz vertraulich: Dr. Cuno's Ergänzungsnote baut ihre neuen finanziellen Vorschläge auf Jahreszahlungen auf, vermeidet es aber, eine bestimmte Geldsumme zu nennen. Sie bringt ausführliche Einzelheiten in der Zahlungsweise und deutliche Veränderungen der ersten Note, geht aber dabei von dem Gedanken aus, daß eine Erfüllung des neuen Angebots nur möglich ist, wenn sowohl die Jahresraten als auch die Gesamtschuld an der Wirtschaftslage Deutschlands nachgeprüft werden und zwar nicht einmal, sondern wiederholt, und nicht von einer parteilichen Seite, sondern von einem möglichst allseitig zusammengesetzten internationalen Ausschuss, in dem Deutschland mitpartizipieren soll. Dadurch allein können neue Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Verbands und neue Erregungen gegen Deutschland verhindert werden. Das Kernstück der deutschen Denkschrift bilden grundsätzliche Auseinandersetzungen über das Währungsangebot. Dabei wird genau unterschieden zwischen staatlichen und privaten Währungsnoten. Als private Währungsnoten hat die Reichsregierung nicht einfach die freiwilligen Angebote der Industrie, der Landwirtschaft, der Banken übernommen, sondern sie bestimmt die Vorschläge in der Note aus eigener Verantwortlichkeit heraus. Die gesetzliche Festlegung der privaten Währungsnoten ist der innerpolitischen Arbeit überlassen.

Daß das Kabinett Cuno die Gesamtschuld des Angebots nicht verändert hat, war sie der Klugheit und ihrer Würde — das einzige, was einer Regierung in so trauriger Lage übrig bleibt — schuldig. Hätte sie statt der früheren 20 Milliarden jetzt vielleicht 35 Milliarden nennen sollen? Dann lände das erste Angebot unter dem Verdacht der Unaufrichtigkeit, und auch die neue Ziffer erschiene nicht als ehrlich, da die Reichsregierung gleichzeitig darauf hinweisen muß, daß ihre Zahlungsfähigkeit seit dem ersten Angebot durch den verheerenden Ruhrkrieg und die drei- bis vierfach erweiterte Währung tatsächlich bedeutend geringer geworden ist. Wie man auch die Zahlenfrage hin- und herdreht, die Endsumme wie die Jahreszahlungen hängen gar nicht mehr von guten Willen Deutschlands, auch nicht von den weiteren Sanktionsdrohungen Frankreichs, sondern einfach von dem Maß der wirtschaftlichen Freiheit ab, das man künftig dem deutschen Schuldner gibt und worüber sich die Verbündeten zu allererst einmal in ihrem eigenen Kreis einigen müssen.

In dieser Richtung ist in den letzten Tagen auf Seiten Englands offenbar manches geschehen. Die englischen Sachverständigen, sowohl privat hinzugezogene, als auch die amtlich berufenen Fachleute der verschiedenen britischen Ministerien haben ein neues Programm, das System Baldwin aufgestellt. Welche Bestandteile des alten Bonar Law-Programms dabei aufrecht erhalten wurden, das dürfte man bereits aus den Erklärungen herausheben, die Außenminister Lord Curzon auf Einladung des Führers der Opposition, Lord Grey, im Oberhaus abgab. Außerdem hat man durch die aufsehenerregende Unterredung des Ministerpräsidenten Baldwin mit Philippe Millet als Vertreter des „Welt Parliaments“ erfahren, daß die Londoner Regierung entschlossen ist, das Problem der Friedenssicherung zwischen Frankreich und Deutschland gleichzeitig mit den neuen Entschädigungsverhandlungen zu behandeln.

Der Gedanke, Entschädigung und Sicherung zu trennen, ist also aufgegeben. Eine große Rolle spielen in der öffentlichen Erörterung in England zurzeit die Vorschläge des Generals Spears, eines der tüchtigsten Militärsachverständigen. Aber eine Entmilitarisierung der Rheinfronte. Wenn nach diese Vorschläge auf deutscher Seite starken Einmänden begegnen werden, so ist doch die Tatsache bedeutungsvoll, daß die Regierung Baldwin die Spears'schen Gedanken nicht zur Auffassung eines Sicherungsplans benutzt und daß Lord Robert Cecil für die in Genf begonnene Taunung

des Völkerbundesrats entsprechende Abbrüstungsvorschläge mitnehmen konnte.

Der Raubkrieg im Ruhrgebiet

Zwei Personen erschossen

Krefeld, 7. Juni. Bei Kerchen-Broich wurde ein junger Mann von einem belgischen Bahnposten durch einen Schuß tödlich verletzt.

Trier, 7. Juni. Auf dem Bahnkörper Trier-Köln wurde der Ortsfremde Eisen, der den Anruf nicht beachtete, von einem französischen Woffen erschossen.

Der Sonderbündler Reuter gibt zu, den Schuß abgegeben zu haben, denn in der Frankreichsmannt ein Mann namens Diez zum Opfer fiel. Er will in Vorehre gehandelt haben, was durch Zeugnisse widerlegt wird. Die Franzosen sollen keine Verhaftung nicht zu. Beamten, die das Passivum für die Reise nach dem unbesetzten Gebiet von den Franzosen haben wollen, wird dieses ohne Angabe der Gründe verweigert.

Die Berliner Besprechung

Brüssel, 7. Juni. Poincaré kam mit dem Finanzminister De Lasteyrie und dem Wiederaufbauminister Le Troquer und einigen Mitarbeitern aus Paris hier an. Nach einer Vorbesprechung Poincarés mit den belgischen Ministern Theunis und Jaspars fand um drei Uhr die Beratung mit den anderen Ministern statt, die bis 6 Uhr dauerte. Es wurde folgende amtliche Bekanntmachung veröffentlicht:

Die belgische und französische Regierung haben heute die gemeinsame Prüfung verschiedener durch die Ruhrbesetzung entstandener Probleme fortgesetzt. Sie haben die früheren Beschlüsse in vollem Umfang aufrecht erhalten, im besonderen in Bezug auf die Bedingungen, unter denen die Räumung der Ruhr nach Bezahlung der Reparationen stattfinden soll und mit Bezug auf die Verpflichtung Deutschlands, den passiven Widerstand aufzugeben, bevor irgendwelche Prüfung seiner Vorschläge stattfinden kann. Die beiden Regierungen haben außerdem das Programm der neuen Maßnahmen festgelegt, die zu ergreifen sind, um den Druck zu verstärken und um Deutschland zu einer raschen Erfüllung seiner Verpflichtungen zu zwingen.

Nach dem Pariser „Journal“ soll die Einführung einer rheinischen Frankwährung im besetzten Gebiet nicht länger mehr hinausgeschoben werden. Die Besitzer der Kohlenbrennöfen, die gelöst sind, sollen aufgefordert werden, die Defen sofort wieder in Brand zu setzen, widrigenfalls ihr Vermögen eingezogen würde.

Havas fügt hinzu, da Frankreich und Belgien entschlossen seien, die Kapitulation Deutschlands zu verlangen, ehe man in Verhandlungen eintrete, bleibe England und Italien nichts übrig, als diese Grundbedingung anzunehmen, wenn die Einheitsfront des Verbands bald wieder hergestellt werden solle. Die französischen und belgischen Behörden im besetzten Gebiet haben sich verständigt, den Druck zu verstärken, indem die Bewachung von Bergwerken und Städten erweitert werde.

Nach Schluß der gestrigen Besprechung hatte Poincaré eine lange Unterredung mit dem König.

Die deutsche Note nicht befriedigend

Paris, 7. Juni. Der „Matin“ meldet aus Brüssel, der belgische Außenminister Jaspars habe gestern nachmittag telegraphisch aus Berlin den Inhalt der neuen deutschen Note voraus erfahren und ihn Poincaré mitgeteilt. Poincaré sei in seinem Wollen bekräftigt worden, die Note nicht zu berücksichtigen, bevor der passive Widerstand nicht abgebrochen sei. Die Note sei in keiner Weise befriedigend und enthalte weder ein besseres Angebot noch genauere Währungsnoten. Ueber den passiven Widerstand enthalte sie nur eine verworrene Anspielung, keine ungewöhnliche Erklärung, ihn beenden zu wollen.

Baldwins Plan

Paris, 7. Juni. Ein Berichterstatter des „Echo de Paris“ schreibt dem Blatt aus London, das französische Volk müsse sich vor dem Vergleichen hüten, daß eine Aenderung in der englischen Politik eintreten könne und daß Baldwin den Franzosen Zugeständnisse machen werde. Baldwin's Regierung sei von Deuer. In dem neu abgeänderten englischen Entschädigungsplan werde sich die Forderung eines Zahlungsausschusses für Deutschland finden, die in Frankreich so unbeliebt sei. In England hege man Wiftrauen gegen die „Führer“ und sei der Ansicht, daß man die durch die Besetzung des Ruhrgebiets verminderte Leistungsfähigkeit von neuem abschätzen müsse. Man wüßte eine allgemeine endgültige Regelung der Entschädigungsfrage. Dagegen werde Baldwin wahrscheinlich gegen die französischen Forderungen bezüglich der stufenmäßigen Räumung des Ruhrgebiets und des Aufgebens des passiven Widerstands keine Einwendungen erheben, wenn Frankreich und Belgien eine annehmbare Ausdrucksweise dafür finden. Die englische Regierung sei geneigt, alles Mögliche zur Sicherung Frankreichs zu unternehmen.

Neue Nachrichten

Vom Reichstag

Berlin, 7. Juni. Der gestrigen Sitzung des Reichstags lag ein Gesetzentwurf über Umwandlung der Strafgerichte, nach dem zur Strafrechtspflege in weit höherem Maß als bisher Richterberufrichter herangezogen, die Aburteilung einer neuen Art der Schöffengerichte überwiesen und nur schweren Verbrechen den Schwurgerichten vorbehalten werden sollen. Der frühere Reichsjustizminister Abg. Dr. Radbruch (Soz.) bemängelte den Gesetzentwurf scharf; es gebe dann nicht weniger als 5 Strafgerichte erster Instanz. Den Ausführungen Radbruchs wurde entgegengehalten, daß doch gerade die Sozialdemokratie immer den Berufsrichtern nachsage, sie seien weisfremde, in Klassenurteilen besessene Leute, die keinen Sinn und kein Verständnis für den Volksgesitt haben. Jetzt sollen die Richterberufrichter weitgehende Befugnisse erhalten und nun sei es wieder nicht recht, aufzuklären, daß die von ihm jetzt „Systemlosigkeit“ bezeichnete Umwandlung von ihm (Radbruch) selbst angeregt worden sei, solange er noch Minister war. Die Radbruchs'schen Anregungen seien fast vollkommen in den vorliegenden Entwurf übernommen worden. Die Vorlage wird dem Rechtsausschuss überwiesen. — Dann geht das Haus zu dem Antrag über, den wegen des bekannten Eisenbahnerstreiks gemäßigten Eisenbahnern gewissermaßen in Anerkennung der wackeren Haltung unserer Eisenbahner in den besetzten Gebieten Strafbefreiung zu gewähren.

Der Haushaltsausschuss des Reichstags hat die vereinbarte Reuregelung der Gehalts- und Lohnzüge der Reichsbeamten und Reichsarbeiter ab 1. Juni d. J. genehmigt.

Die neue Wucherverordnung

Berlin, 7. Juni. Dem Reichsrat ist der Entwurf der neuen Wucherverordnung zugegangen, der im allgemeinen an die bisherigen Bestimmungen sich anlehnt. Der Entwurf enthält 8 Abschnitte über Preisstreiterei, Ein- und Ausfuhr, Erlaubnis für Einzelhandel, Notstandsverordnung, Preisprüfungsstellen, Austauschpflicht über Vorräte usw. und Wucherverbot. Als neuer Begriff ist der Verordnungen der Leistungswucher eingeführt, der wucherischen Gewinn oder Verdienst aus Arbeitsleistungen usw. schwer bestraft. Als Höchststrafe ist Zuchthaus, als Mindeststrafe 10 000 M Geldstrafe vorgesehen.

Das deutsche Währungsseind

Berlin, 7. Juni. Im Untersuchungsausschuss des Reichstags für den Markkurs führte Abg. Dr. Helfferich (Deutschnat.) aus: Die große Senkung des Marktwerts im vorigen Jahr hat ihren Ausgang genommen von dem Scheitern der Hoffnung auf eine glückliche Lösung der Entschädigungsfrage als Bonar Law zur Regierung kam und damit Poincaré freie Hand für seine Sanktionspolitik und die Ruhrbesetzung erhielt. Für alle Waren, die nach England gehen, müssen 26 Prozent Abgaben an England entrichtet werden, das ist nach englischer Angabe mehr als die englischen Beschäftigungskosten. Den großen Fehlbetrag der deutschen Handelsbilanz können wir nicht abdecken und so sind wir zu fortgesetzten Markverläufen im Ausland genötigt, was einen bedeutenden Druck auf den Markkurs mit sich bringt. Da die Reichsbank an der Zahlungsbilanz nichts ändern konnte, mußte sie sich bei der Stützung der Mark auf untergeordnete technische Mittel beschränken. Die Golddecke ist allmählich schwächer geworden. Die Notenausgabe steigerte sich namentlich, weil die Reichsbank die Schatzkammer der Reichsregierung mit Bargeld beliehen mußte. Doch ist es unrichtig, in der Inflation die Wurzel alles Übels zu erblicken. Der Papiergeldumlauf betrug am 26. Mai d. J. 7 700 Milliarden Mark. Bei einer Entwertung der Mark um das 15 000fache sind das 500 Millionen Goldmark. Vor dem Krieg hat der Geldumlauf jedoch etwa 6 Milliarden (Metall und Papier) betragen. Von einer „Inflation“, einer Aufblähung der Währung durch übermäßige Geldmengen kann also keine Rede sein. Mit 600 Millionen umlaufenden Geldmitteln könnte die deutsche Wirtschaft gar nicht aufrecht erhalten werden. Reichsbankpräsident Haeusslein himt diesen Ausführungen zu. Der Hauptgrund der Geldentwertung liegt nicht in der sogenannten Inflation, der Anreiz konnte vielmehr von außen. Wenn man den Gesamtabschluss zieht, so ist die Reichsbank der privaten Wirtschaft Geld spendend, nicht umgekehrt.

Die Mitwirkung des Großhandels

Berlin, 7. Juni. Eine Abordnung des Hauptverbands des deutschen Großhandels sprach dem Reichswirtschaftsminister Dr. Becker die Bereitwilligkeit des Großhandels aus, an den Entschädigungsarbeiten und der Sicherheitsübernahme in angemessenem Verhältnis zu den übrigen Wirtschaftsklassen teilzunehmen. Die Beiträge seien indessen nur möglich, wenn die Vertragsfähigkeit der Wirtschaft während des Zahlungsausschubs wesentlich gesteigert und dafür die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden.



Der Streik in Schlesien

Wroclaw, 7. Juni. Der Zustand der oberschlesischen Grundarbeiter hat sich jetzt auf 13 Kreise ausgedehnt. Auch die Vandalen in Niederschlesien haben sich in einen Streik begeben lassen. Auf den Gruben werden nur Notstandsarbeiten verrichtet. In Königshütte entdeckte die Kriminalpolizei die Vorbereitungen eines kommunistischen Anschlages, das Kraft- und Elektrizitätswerk in Chorzow in die Luft zu sprengen, um die ganze Industrie der Gegend, vor allem die Stickstoffwerke in Chorzow stillzulegen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Strawolle in Leipzig

Leipzig, 7. Juni. Nachdem in den letzten Tagen wiederholt schwere Unruhen in Leipzig vorgekommen waren, wurde eine am Dienstag von den Gewerkschaften und den Vereinigten Sozialdemokraten veranstaltete Kundgebung auf dem Augustusplatz zu einer offenen Empörung aus. Die Menge wurde von „wildem“ Rednern aufgeheizt, vertrieb die bestellten Ordner und machte einen Angriff auf die Polizei. In dem Kampf wurden 7 Personen getötet und über 100 verletzt. Ein Polizeibeamter wurde erschossen, 13 sind schwer verletzt. Als die Polizei Verstärkungen erhielt, konnte endlich der Aufstand gestoppt werden. Die Aufrechter plündernd die Läden der anliegenden Straßen und zerstörten ein Kaffeehaus völlig. Abends sammelte sich die Menge auf dem Augustusplatz von neuem an und sie mußte abermals mit Gewalt vertrieben werden.

Der Münchener Hochratsprozeß

München, 7. Juni. Als erster Zeuge wird Major Wagner vernommen, der schildert, wie es ihm gelungen ist, die Pläne der Verschwörer aufzudecken. Von einer Bekämpfung des Bolschewismus sei nie die Rede gewesen. Als der französische Oberst Richert Mitte Februar nach Bayern gekommen sei, habe der Angeklagte Buchs immer mehr zur Tat gedrängt, da sonst die Franzosen ihre Hand abziehen würden. Als die Frage der Auflösung der Einwohnerwehren brandend wurde, habe Ministerpräsident v. Kahr mit Polen ein Sicherheitsabkommen treffen wollen, falls es deswegen zum Bruch mit Berlin gekommen wäre. Die Verbindung mit Richert habe der Agent Karzun Fests ein, der dazu genannt wurde, vermittelt. Richert habe als politisches Ziel Frankreichs angegeben: Bayern solle Österreich bekommen mit Ausnahme von Wien, das an die Tschechoslowakei laße. Dieses Großbavarn werde mit Württemberg, Baden, Hessen, Hannover und Bremen zu einem neuen Rheinbund unter dem König Rupprecht zusammengeschlossen. Das linke Rheinufer solle an Frankreich fallen, ausgenommen die Pfalz, die bayerisch bleibe. Zu dem Zweck sei Richert von München nach Paris geschickt worden. Kronprinz Rupprecht habe aber den Richert nicht empfangen und in seinem Auftrag habe Hr. v. Cramer-Clett dem Richert eine Abfrage erteilt. In Paris sei darauf eine Ablehnung eingetreten. Buchs er habe erklärt von Rücksichten auf Bayern könne nicht mehr die Rede sein, ebensowenig von einer Thronbesteigung Rupprechts. Ober- und Niederösterreich werde nun die Tschechoslowakei bekommen. Richert habe, als Berge Kahr ihn einmal besuchte, gesagt, die Ruhrbesetzung sei für Frankreich eine Notwendigkeit gemeldet, da es sonst aus finanziellen und innerpolitischen Gründen seine Militärmacht hätte vermindern müssen. Richert habe ihm (dem Zeugen Kahr) einen Scheck für den Angeklagten Buchs in Höhe von 1000 Dollar und einen Brief an ihn mitgegeben. Diesen Brief habe er (Kahr), bevor er ihn dem Fräulein übergab, abgeschrieben. Minister Dr. Schwenzer habe die sofortige Verhaftung Richerts aus innerpolitischen Gründen abgelehnt, sie sollte aber bei einem weiteren Versuch Richerts sicher erfolgen. Darauf habe am 20. Februar noch einmal eine Besprechung mit Richert in der Wohnung des Nachhause stattgefunden. Er (Kahr) und Kauter haben von Richert schriftliche Sicherheiten verlangt, die Richert aber abgelehnt habe. Er (Richert) könne aber sagen, daß das französische Heer im Ruhrgebiet Befehl habe, die Bayern sofort zu unterstützen, sobald es losginge. Da die Regierung sich nicht habe entschließen können, den Richert zu verhaften, habe er (Kahr) sich von der Angelegenheit im Karger ganz zurückgezogen.

Selbstmord

München, 7. Juni. Die Polizeidirektion München hat die sozialdemokratische „Münchener Post“ vom 6. Juni an auf 5 Tage verboten wegen eines Artikels „Aus dem Sumpf der Nationalaktion“. Gegen den Schriftleiter Heymann (früheren Minister in Württemberg) soll ein Strafverfahren auf Grund des Artikels 1 der Notverordnung eingeleitet werden, der Strafe von lebenslänglichem Zuchthaus oder Zuchthaus nicht unter 10 Jahren vorzuziehen.

Der bayerische Landtag hat den Ausschußantrag mit allen bürgerlichen Stimmen angenommen, daß der schädliche kommunistische Abgeordnete Eisenberger, der des Landesverrats angeklagt ist, verhaftet werden soll.

Bestrafte Verbreiter

München, 7. Juni. Das Volksgericht in Traunstein hat drei Arbeiter, die der feindlichen Ueberwachungskommission ein bei einem Bauern untergebrachtes Flugzeug verraten hatten, zu Gefängnisstrafen von 9 Monaten, 1½ und 2 Jahren verurteilt.

Ruhe in Irland

Dublin, 7. Juni. Der Befehl Devaleras an die Aufständischen, die Feindseligkeiten einzustellen, scheint befolgt worden zu sein. Seit einigen Tagen ist in Irland kein Schuß mehr gefallen.

Der deutsche Patentraub vor Gericht

Newyork, 7. Juni. Das Gerichtsverfahren, das die Regierung der Vereinigten Staaten gegen die Vereinigung chemischer Fabriken (Chemical Foundation) angestrengt hat, hat am Dienstag begonnen. Die Bundesregierung verlangt die Zurückgabe von 4800 deutschen Patenten der chemischen, vor allem der Farbenindustrie, die der Gesellschaft seinerzeit vom Präsidenten Wilson um 250 000 Dollar überlassen worden waren, während ihr wirklicher Wert 100 Millionen Dollar betrage. Die Regierung erklärt, Wilson habe ungesetzlich und verfassungswidrig gehandelt.

Der französische Entschädigungsplan

Paris, 7. Juni. Der Pariser „Temps“ veröffentlicht den angeblichen französischen Entschädigungsplan. Wenn die deutsche Reichsregierung den passiven Widerstand im Ruhrgebiet weiter ermutigt und unterläßt, so würde ein deutsches Angebot nicht in Erwägung gezogen. Das Ruhrgebiet werde nur im Verhältnis zu den Zahlungen geräumt. Falls England und Amerika die französischen Kriegsschulden streichen, werde Frankreich sich mit einer Kriegsenschädigung von 20 Milliarden Goldmark begnügen, andernfalls müsse Deutschland für diese Kriegsschulden aufkommen. Ein Schiedsgericht über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands sei überflüssig, da Frankreich von seinen Forderungen nicht abgehe. Frankreich werde im Einvernehmen mit seinen Verbündeten im besetzten Gebiet alle Einnahmequellen ausbeuten, die für die Entschädigung herangezogen werden können. Landeroberungen seien nicht beabsichtigt. Wegen einer gemeinsamen Beratung habe Frankreich nichts einzunehmen, vorausgesetzt, daß die Verbündeten Frankreichs Forderungen anerkennt. Frankreich und Belgien erklären, daß sie die politischen Verträge, soweit sie die Grenzen Deutschlands feststellen, als unabänderlich betrachten. Außerdem sollen Vereinbarungen über zugehörige Hilfe zum Schutz ihrer Gebiete getroffen werden. Die Generalsitze beider Länder sollen von Zeit zu Zeit zusammenkommen.

Gemeinsame Antwort des Verbands

London, 7. Juni. Der „Times“ wird aus Brüssel berichtet, das wichtigste Ergebnis der Brüsseler Konferenz sei die Vereinbarung, daß die Antwort auf die neuen deutschen Vorschläge von allen Verbündeten gemeinsam entworfen werden solle, vorausgesetzt, daß England sich Frankreich, Belgien und Italien anschleße mit der Forderung, zuerst den passiven Widerstand aufzugeben.

Württemberg

Stuttgart, 7. Juni. Aus dem Parteileben. Der Sozialdemokratische Verein Groß-Stuttgart hat das Ausschreiben der Landtagsfraktion aus der Regierungskoalition durch eine Entschließung gebilligt.

Stuttgart, 7. Juni. Vom Landtag. Die Abgeordneten Dr. Behminger, Dr. Fürst und Dr. Wolff (Bürgerp.) haben an die Regierung eine Anfrage gerichtet betr. Gleichstellung der Gehaltsbezüge der württembergischen Hochschullehrer mit denen der Hochschullehrer in anderen deutschen Staaten.

Stuttgart, 7. Juni. Ziegelwarenpreise. Die seit 9. März geltenden Höchstpreise für Ziegelwaren sind am 7. Mai aufgehoben worden. Nach der amtlichen Begründung stehe der Absatz seit Monaten, das Angebot übersteige die Nachfrage, trotzdem eine erhebliche Anzahl von Ziegelfabriken stillgelegt ist oder verkürzt arbeitet. Die durch den Markt und die Erhöhung der Materialpreise eingetretene Besserung wird nicht für dauernd angesehen. Unter diesen Umständen glaubte man, daß die Höchstpreise eher preisfallend als preissteigernd wirken, für ihre Beseitigung seien überdies unter den gegenwärtigen Verhältnissen zuverlässige Unterlagen.

Stuttgart, 7. Juni. Interessanter Prozeß. Das Stadtschultheißenamt Stuttgart hat gegen den sozialdemokratischen Gemeinderat Großhans Strafantrag wegen Verleumdung des Rectors Hirtzel gestellt. Großhans hatte im Januar einen Vorstoß wegen Nichtübernahme von städtischen Polizeibeamten in den Staatsdienst unternommen, bei dieser Gelegenheit einem höheren städtischen Beamten „Jugendgefährlich zur Organisation C“ vorgeworfen und den Oberbürgermeister auf Befragen den Namen Hirtzels genannt. Das Stadtschultheißenamt klagt jetzt, weil Großhans seinen Gewährsmann nicht nennen will.

Gmünd, 7. Juni. Einbruch. In des Konfektionsgeschäft von F. A. Dehale Nachf. in der Postgasse wurde nachts durch Einbrüden eines Fensters eingebrochen und Damennittel usw. im Wert von mehreren Millionen Mark entwendet.

Geislingen a. St., 7. Juni. Schafdiebstahl. Müller Stadelmaler zur Roggenmühle vermischte von seinen Schafen zwei Stück und benachrichtigte sofort die Polizei. Die Diebe, ein Mann und eine Frau, hatten die Schafe geschlachtet und trugen das Fleisch in Kuckucken nach Geislingen. Sie wurden ins Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Am 7. Juni. Lebensmüde. Den Tod in der Donau suchte eine ältere Frau, nachdem sie sich vorher die Pulsader durchschnitten hatte. Die Leiche wurde am Ufer unterhalb des Epergerplatzes Friedrichs aufgefunden.

Wangen i. A., 7. Juni. Viehdiebstahl. Aus einer Stallung in Ballerig bei Ragenried wurden nachts zwei ältere Kühe gestohlen. Die Tiere sind aber während des Transportes den Dieben ausgerissen und in ihre Stallung zurückgeführt. Die Spur der Diebe führte nach Wangen. In der Nacht vom 4. auf 5. Juni wurde neuerdings ein Viehdiebstahl verübt, indem dem Landwirt Jeth in Walt aus einer Unterkunftsstätte bei Hochhammer eine Kuh und ein 1½-jähriges Kind gestohlen wurden. Den Landwirten gelang es, beide Stücke, die in einer Stallung in Eglöfs eingestellt worden waren, dem Besitzer wieder zuzuführen, ehe sie weiterverkauft wurden. In beiden Fällen sind die Diebe unbekannt geblieben.

Calw, 7. Juni. Neubau des Realgymnasiums. Nach eingehender Aussprache genehmigte die Amtsversammlung den von der Stadt Calw erbetenen Zuschuß zum Bau des ersten Teils (Rittelbau) des Realgymnasiums in Höhe von 350 Millionen Mark. Als Gegenleistung dafür erhält die Amtskörperschaft des Rektoratsgebäude des Realgymnasiums, das zur Einrichtung der Landwirtschaftlichen Winterschule benötigt werden soll, sowie das Gelände gegenüber der Dreißigen Brauerei in der Badgasse im Umfang von 1 Ar, samt dem darauf stehenden Schuppen für die Zwecke der amtskörperschaftlichen Baumaterialienverwaltung.

Von der Hohenzollern-Abt., 7. Juni. Zigeunerplage. Dieser Tage tobte sich eine große Zigeunerbande von etwa 9 Wagen zwischen Seimensoder und dem württemberg. Orte Tagerfeld zusammen. Untaten aller Art wurden verübt. Den Schluß bildete ein Einbruch in die Wirtschaft „Zur Krone“ in Tagerfeld, wo Millionenwerte entwendet wurden. Es wurde hauptsächlich Messing und Kupfer gestohlen, Hosen und Benteile abgeklopft und mitgenommen; selbst die

Bierpression wurde nicht geschont. Es gelang der rasch zusammengezogenen Gendarmrie, der Bande den Raub abzunehmen, die Täter festzunehmen und die ganze Gesellschaft abzuklopfen.

Der Stand der Saaten in Württemberg

Der in der zweiten Maiwoche eingetretene scharfe Witterungssturz mit einblühlichem Temperatursturz hat nach den Mitteilungen des Stat. Landesamts die Entwicklung fast sämtlicher Gewächse gehemmt. Unmittelbarer Schaden ist aber in nennenswertem Grade nicht entstanden und die frühe Witterung war insofern sogar von nützlicher Wirkung, als sie das Austreten mancher Schädlinge, namentlich der Raufußler, hemmte. Die starken Niederschläge in der letzten Maiwoche und die unmittelbar darauf eingetretene warme Witterung waren von großem Nutzen, so daß der Stand der Feldgewächse zu Anfang Juni im allgemeinen als zufriedenstellend zu bezeichnen ist. Von den Wintergetreidearten wird der Weizen und der Dinkel am besten beurteilt, während der Roggen, der bereits in den Weizen steht, manchenorts dünnen und lückigen Stand zeigt. Das Sommergetreide löst teilweise wegen ungleichen Austretens der Saaten an Gleichmäßigkeit des Bestandes zu wünschen übrig; nicht selten ist auch starke Unkrautfrucht, namentlich durch Hebrich, sowie Kulturrein des Drahtwurms zu beobachten. Die Kartoffeln sind in den milderen Gegenden schon ziemlich voran, in den rauhesten Lagen zum Teil noch nicht aus dem Boden; manchenorts ist durch die Nachtfröste im Mai Schaden entstanden und vereinzelt ist wahrzunehmen, daß, besonders in schwarzen Böden, die Kartoffeln überhaupt nicht aufstehen, so daß in den bestellten Nachpflanzungen notwendig wird, was feinerzeit im Entreeertrag sich vermindern geltend machen wird. Die Bergsaaten der Rüben ist in den milderen Landesteilen beendet, im übrigen erst im Gang. Der Stand der Hopfenanlagen kann im allgemeinen als gut bezeichnet werden, die Pflanzen sind gesund und kräftig, da und dort sind Erbschläge eingetreten. Die Wiesen befriedigen fast überall, da sie dichtes Bodengras aufweisen, während Klee- und Luzerne nicht durchweg gleich guten Stand zeigen. Mit der Heuernte ist in den mildesten Lagen zu Anfang Juni bereits begonnen worden.

Der Stand der Obstausichten läßt sich zurzeit nicht beurteilen, da manchenorts die Bäume zu Anfang Juni noch in Blüte standen. Teilweise lauten die Berichte günstig, teilweise aber auch weniger befriedigend; im allgemeinen dürfte nach dem derzeitigen Stand eine mittlere Ernte in Äpfeln zu erwarten sein, während in Birnen die Ausichten geringer sind. Die Weinberge zeigen im wesentlichen einen guten Stand, die Kelterrücklagen im Mai einen befriedigenden Stand, die Stadternte ist schon weit vorgeschritten.

Zur Heubereitung

Von besonderer Bedeutung für den ganzen Wirtschaftsbetrieb sind die Wiesen. Von ihrer Ausdehnung und Beschaffenheit ist hauptsächlich die Größe des Viehstands und damit die Stallmutterzeugung abhängig. Bei dem ziemlich regelmäßigen und sicheren Ertrag, den die Wiesen abwerfen, bilden sie die Grundlage für die ganze Winterfütterung. Bei unseren Ackerpflanzen weiß man genau, wann mit der Abarbeitung begonnen werden muß. Bei den Wiesen läßt sich dieser Zeitpunkt nicht so genau umschreiben. Der richtige Zeitpunkt für das Mähen ist, wenn man bei möglichst hohem Ertrag ein möglichst gehaltreiches Futter erhält. Die große Masse an Heu erhält man, wenn man möglichst spät mäht. Aber je später wir mähen, um so mehr sind die einzelnen Bräuer der Reife nahe, um so mehr verdirben und verholzen die Geshalme und werden selbst zu Stroh. Es heißt sich dann dem gewöhnlichen Stroh ziemlich nahe. Es zeigt sich auch im Heustock nur noch sehr wenig. Dagegen je länger die Pflanzen, je mehr sie also noch im Wachstum begriffen sind, um so verdaulicher sind sie, um so mehr wertvolle Einzelstoffe enthalten sie. Gerade diese letzteren sind es, die zu kurzzeit im Futter unserer Tiere ganz besonders fehlen. Da groß die Unterschiede zwischen früh und spät gemähtem Futter sind, mögen einige Zahlen beweisen. Gutes Roßheu enthält:

Vor der Blüte gemäht	74 Proz. verdauliches Eiweiß
in der Blüte gemäht	5,5 Proz. verdauliches Eiweiß
am Ende der Blüte gemäht	3,0 Proz. verdauliches Eiweiß

Bei Fütterungsversuchen, die von Prof. Wolff in Hohenheim mit Tieren durchgeführt wurden, hatten 100 Kg. Heu einen Produktionswert

bei sehr frühem Schnitt von	42,4 Kg.
bei rechtzeitigem Schnitt von	32,4 Kg.
bei sehr spätem Schnitt von	25,8 Kg.

Das heißt: ein ausgewachsenes Kind könnte aus 1 Doppelzentner dieses Futters 10,6 bzw. 8,1 bzw. 6,7 Kg. Fett erzeugen. Oder anders ausgedrückt: um dieselbe Menge Körperfett zu erzeugen, die 20 Ztr. — ungeachtet der Ertrag des ersten Schnitts von 25 Ar Wiesen — bei rechtzeitigem Schnitt zu erzeugen in der Lage sind, braucht man bei sehr spät gemähtem Futter mindestens 26 Zentner. Es ist doch sicherlich nicht anzunehmen, daß nach der Hauptblütezeit der Bräuer auf 25 Ar Wiesen noch 6 Zentner Heu hinzuwachsen.

Trotzdem sehen viele Landwirte noch an ihren großen Heuwagen hinauf, die sie bei später Mähd noch hause fahren. Aus dem gleichen Grund ist auch gut eingebrachtes Dehm im allgemeinen wertvoller als Heu. Dehmgras muß eben früher abgemäht werden und hat keine Zeit zum verdorren. Wer also Wert auf möglichst gehaltreiches, leicht verdauliches und eiweißreiches Futter legt, muß unter allen Umständen seine Wiesen möglichst früh mähen. Nur ist natürlich zu frühe Mähd auch nicht das richtige, der hohe Nährwert des Futters gleicht in diesem Fall die zu geringe Menge nicht aus. Am besten ist, man richtet sich beim Beginn der Heuernte nach der Blüte der Gräser. Wenn die meisten Gräser in Blüte stehen, dann ist die Zeit zum Senlenwochen gekommen. Namentlich schaue man nach der Blüte von Wiesenwangel, Knaulgras, Wiesenrispengras und französisches Rongras. Wer viele Wiesen zum Abarbeiten hat, muß mit der Heuernte möglichst früh beginnen, damit er mit der Abarbeitung der letzten Wiesen, besonders wenn schlechtes Wetter eintritt, ja nicht zu weit hinauskommt. Das Strohigwerden des Futters ist eben unter allen Umständen zu vermeiden. Lieber zu früh gemäht, es kann ja später wieder nachwachsen und kommt der Dehmernnte zugute.

Dr. Schicht, Böblingen.



Eine Zigarre und ein Streichholz

Gestern braute ich mir eine Zigarre an, für die der freundliche Spender 400 Mark bezahlt hatte. Sie entsprach ihrer Güte nach einer solchen, die in der guten alten Zeit, also vor etwa 9-10 Jahren, für 10 Pf. zu haben war. Ich benutzte zum Anzünden der Zigarre ein Streichholz, das mich selbst 1.60 Mk. gekostet hat. Für diese 1.60 Mk. aber hätte ich ehemals 160 Schachteln mit je 50 Streichhölzern, also zusammen 8000 Stück, bekommen; ich hätte mir aber auch 16 Pfund (markenfreies) Brot dafür kaufen können, für die ich heute über 10 000 Mark bezahlen muß, also eine Summe, wofür ich mir früher ein ganz hübsches Landhäuschen hätte bauen lassen können. Für die 400 Mark aber, die die erwähnte Zigarre jetzt kostete, hätte ich damals 4000 Stück gleichwertiger erhalten, die mich jetzt 1 600 000 Mark kosten würden. Was hätte man für diese Riesensumme damals bekommen? Zum Beispiel zehn bis zwölf vierstöckige Mietshäuser in einer Großstadt, ein sehr ansehnliches Rittergut, einen Dampfer und dergleichen Riesengeschäfte mehr.

Für den heutigen Wert jener Zigarre zu 400 Mark nebst einer Schachtel Streichhölzer zu 80 Mk. hätte man aber auch in jener Zeit eine Reise von Hamburg nach Neuyork machen können und zwar in der ersten Kajüte eines der erstklassigen Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie nebst voller Beförderung für die ganze Reise. Und wie weit kam ich dagegen jetzt für den Wert jener Zigarre für 400 Mark fahren? Etwa 25 Kilometer mit der Reichsbahn vierter Klasse! Sonst aber kaum mit der Straßenbahn. Und für den heutigen Preis einer einzigen Schachtel Streichhölzer hätte mir vor neun Jahren mein Schneider einen tadellosen Anzug geliefert, für den er mir jetzt zweifelloso 250 000 Mk. abnehmen würde, eine Summe, für die ich in jener, gar nicht weit zurückliegenden Zeit 3125 schneidbare Anzüge bekommen hätte, also bei jährlichem Bedarf von zwei Anzügen meinen Bedarf auf mehrere 1560 Jahre hätte decken können. Würde ich statt des Anzugs, der mich jetzt 250 000 Mk. kostet, damals Streif für diese Summe gekauft haben, so hätte ich rund etwa 20 000 Paar dafür bekommen und die gesamte Bevölkerung einer deutschen Mittelstadt damit ausstatten können. Ein einziges Streichholz kostet jetzt 1.60 Mark; genau für diesen Preis habe ich früher 1 Pfund gute Schokolade gekauft, für die ich heute mindestens 7500 Mk. zahlen muß. Das Biergeld dieser Summe war das Jahresgehalt des Fürsten Bismarck als Reichskanzler, der also sozusagen sein ungeheures Wissen und seine riesige Arbeitskraft dem Deutschen Reich ein Jahr lang Tag und Nacht für vier Pfund Schokolade zur Verfügung gestellt hat und, falls er kein Freund von Schokolade war, was mir nicht bekannt ist, sich in unseren Tagen für dieses Jahresgehalt allenfalls dreiwertel Pfund Tabak für seine berühmte lange Pfeife hätte wegschmeißen können.

Früher war das normale Monatseinkommen eines Angestellten, der möglichst noch verheiratet und Familienvater war, etwa 3-400 Mark, wofür er seiner vielleicht fünfköpfigen Familie täglich ein Fleischgericht kochen, ihr außerdem die gesamte Kleidung, Wohnung, Heizung usw. bezahlen und sich auch noch einmal im Jahre eine hübsche Ferienreise gestatten konnte. Und das alles für den heutigen Wert einer Zigarre oder von fünf Schachteln Streichhölzer.

war konnte diese gepreßte amüsierenden Wertsteigerung die unendliche Fortschrittlichkeit; doch soll es hiermit genug sein des graulichen Spiels, zumal bei der rapiden Preisentwertung die Zahlen, die man heute niederschreibt, morgen bereits überholt sind. Auf unsere Zeit paßt das Wort eines Humoristen sehr treffend: „Es ist nirgends Kurioser als auf der Welt!“

Zur Kultur der Tomaten

Die Tomaten zählen nicht mehr, wie in früheren Jahrzehnten, zu den Luxusgewächsen, sondern sie sind zu einem gesunden Volksnahrungsmittel geworden.

Leider aber ist ihre Kultur nicht leicht und nur mit Erfolg verbunden, wenn man den Ansprüchen der Pflanze, die eigentlich zu den Südpflanzen zählt, völlig genügt.

Tomaten aller Sorten wollen eine warme, geschützte, sonnige Lage und gut vorbereiteten, nährhaften Boden. Die durch sorgfältige Anzucht im Gewächshaus oder Mistbeet und mehrmaliges Versetzen angesogenen Pflanzen werden gegen Ende Mai ins Freie ausgepflanzt. Wichtig ist, daß man recht kräftige Pflanzen zur Verfügung hat; je weiter entwickelt diese sind, um so besser. Sie müssen an den Spitzen bereits Blüten zeigen, denn es ist zu bedenken, daß ihnen in unserem Klima nur drei wirtlich warme Monate zur Weiterentwicklung und zum Fruchttragen zur Verfügung stehen.

Von der guten Vorbildung der Pflanzen und auch von der rechten Sortenwahl hängt größtenteils der Erfolg ab. Man nehme möglichst nur frühe Sorten, denn sie liefern den höchsten Pflanzenertrag. Vorzüglich bewährt hat sich „Lutillus“. Sie ist frühreifend, reich tragend und gegen ungünstige Witterung nicht sehr empfindlich. Empfehlenswert sind auch Geisenheimer (auch Johannisfeuer genannt), „Carlsona“, die besonders gut den Perland verträgt, „Hilkaral“ und „Dänischer Export“, die sich für den Rasenbau sehr eignen. „König Humbert“ ist ebenfalls frühreifend und fruchtbar, dringt aber kleinere Früchte, die in dichten Bündeln zusammenhängen.

Beim Auspflanzen ins Freiland müssen die Pflanzen recht vorsichtig behandelt werden, damit der Laubfall nicht auseinanderfällt. Man lasse sie in den ersten Tagen stehen, denn sie haben beim Umpflanzen Schwermühsen und sie kommen stets zunächst in ihrem Wachstum zurück. Der Abstand der einzelnen Stöcke betrage nicht unter 10 Zentimeter. Es ist empfehlenswert, die Pflanzstauden zu vertiefen und mit kurzem Dünger abdecken.

Während ihrer Entwicklung verlangen die Tomatenbüsche reichliche Wassergaben und von Zeit zu Zeit flüssige Düngung. Damit die Früchte gut besonnen werden und nicht auf der Erde liegen, sind die Triebe an Spazieren oder Stöcken anzuhängen.

Von den reichlich erscheinenden Trieben behält man nur 1 bis 3 der kräftigsten; in weniger warmer Lage ist die ertriebige Anzahl die beste, da sie die meisten reifen Früchte ergibt. Alle überflüssigen Schößlinge werden entfernt, doch erst dann, wenn die Pflanze sich an ihrem endgültigen Standpunkt kräftig entwickelt hat. Auch alle noch im Laufe der

Zeit in den Blattbüscheln erscheinenden Triebe entfernt man frühzeitig aus. Vom September ab werden auch die Haupttriebe entfernt, damit die vorhandenen Früchte besser ausreifen können und kein neuer Fruchtansatz, der doch nicht mehr erntefähig werden würde, zur Ausbildung gelangen kann.

Stuttgart, 7. Juni. (Schlachthofmarkt.) Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 35 Ochsen, 25 Bullen, 140 Jungbullen, 133 Jungriinder, 120 Rinde, 300 Kalber, 804 Schweine, 73 Schafe, 3 Ziegen. Verkauft wurde alles. Erlöse aus je 1 Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. 5300-5000 (Körnermarkt: 5000-5300), 2. 4100-4900 (3900-4700), Bullen 1. 4300 bis 4900 (4400-4700), 2. 3900-4300 (3800-4200), Jungriinder 1. 5400-5700 (5100-5400), 2. 4700-5200 (4600-4900), Kalber 1. 4400 (3700-4300), Rinde 1. 4200-4900 (4200-4500), 2. 3200-3900 (3100-3800), 3. 2200-2800 (2200-2800), Kalber 1. 5500-5700 (5400-5600), 2. 5000-5400 (5000-5200), 3. 4800-4900 (4700 bis 4900), Schweine 1. 6500-6700 (6400-6500), 2. 6100-6300 (6000-6200), 3. 5400-6000 (5400-5800) A. Verkauf des Marktes: beliebt.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 7. Juni 79 000 (77 193). 1 Pfd. Sterl. 367 080, 100 Doll. Goldes 3 104 700, 100 Sch. Fr. 1 431 400, 100 franz. Fr. 510 700, 100 Belg. Fr. 439 850, 100 Ital. Lire 269 050, 100 österr. Kr. 111.22, 100 tschech. Kr. 235 900, 100 poln. Mark 128.

Neber 10 Millionen schwedische Reichsschuld. Im letzten Drittel des Monats Mai waren die Anforderungen an die Reichsschatzkasse außerordentlich hoch; teils infolge der wachsenden Einzahlungsansätze aus dem Rückgebiet durch die Aufhebung, teils infolge der vierjährlichen Vorauszahlungen der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne. Die Ausgaben mußten in weitgehendem Maß durch Ausgabe von Schatzscheinen gedeckt werden, wodurch die schwedische Schuld einen Zuwachs um 1 382 519 040 000 Mark erfuhr und nun die zehnte Million überschritten hat. In die Reichsschatzkasse mußten 607 1/2 Millionen Zuschüsse gegeben werden.

Weizenmehlpreis der Eidd. Weizenvereinigung am 7. Juni 400 000 (450 000) Mark für 100 Kil.

Ragold. Marktbericht vom 7. Juni 1923. Auf dem heutigen Viehmarkt waren zugeführt: 1 Ochse, 15 Stiere, 21 Rinde, 20 Rinder und trächtige Kalbinnen, 52 St. Schmalohr, 115 Käuferschweine und 264 Milchschweine. Verkauf wurden 4 Stiere, 7 Rinde, 6 Rinder und trächtige Kalbinnen, 32 St. Schmalohr, 60 Käuferschweine und 120 Milchschweine. Erlöse wurden: für 1 Stier 2-3 1/2 Millionen, 1 Kuh 2.3-3.5 Mk., 1 Rind 3-7 Mk., 1 St. Schmalohr 1.2-2.6 Mk., 1 Käuferschwein 360-900 000 A., 1 Milchschwein 275 bis 450 000 A. Handel der Schmalohr gut laufen geblieben.

Freudenstadt, 5. Juni. Holzmarkt. Bei dem gestern abgehaltenen Stadelstammholzaufkauf der Waldinspektion Freudenstadt wurden im schriftlichen Aufstreich erzielt: für 206 Hektar, Fichten 1.-5. Mk. 73 137 246 A. = 1582 Proz. der Landesgrundpreise, für 1070 Hektar, Fichten und Tannen 1.-6. Mk. 361 768 037 A. = 1607 Proz. der Landesgrundpreise. Käufer sind die Holzvertriebs-A.G. in Freudenstadt (20 Lose), Franz Stein Freudenstadt (1 Los) und die neu gegründete Baalische Schwerts-A.G. in Freudenstadt (9 Lose).

Anwärter Todesfälle. Frau Luise Braunmann Witwe geb. Splindler, Calw, Jakob Bohnerberger, 80 J., 3. Weizlein.

Kauft deutsche Ware!

Bekanntmachung

betreffend Ortsvorsteherwahl.

Infolge Ablaufs der Wahlzeit des leitenden Amtshabers ist auf die nächsten 10 Jahre die Neuwahl eines Ortsvorstehers für die diesige Stadtgemeinde vorzunehmen.

Die Wahl ist auf **Samstag, den 16. Juni 1923** von nachmittags 3-8 Uhr anberaumt.

Die Wahlberechtigten, die rechts aufwärts der **Salzer-, Markt- und Halterbacherstraße** wohnen, wählen im Distrikt I auf dem **Kathaus**, diejenigen auf der linken Seite aufwärts dieser Straßen wählen im Distrikt II im **Knaben-Schulhaus**. Alles Nähere ist aus dem Anschlag am Kathaus zu ersehen.

Ragold, am 7. Juni 1923.

Stadtschultheißenamt: J. B. Rieger.

Walddorf Oberamts Ragold. Am kommenden Montag den 11. ds. Mts., vormitt. 11 Uhr verkauft die diesige Gemeinde einen

Schlacht-Farren im öffentlichen Aufstreich.



Biethaber sind eingeladen. Den 7. Juni 1923. Gemeinderat.

Geburtstags-Namenstags-Kunst-Postkarten in schöner Auswahl bei

G. W. Zaiser, Buchhandlg., Nagold.

Glückwünsche

Abnationalen Wahlblatt

Seit dem Jahre 1848 laßt der Kladderadatsch über die Dummheit und Schwächen der Zeitgenossen und kämpft lächelndes Antlitz mit den Waffen des Humors und der Satire d. h. mit Feder und Zeichenstift gegen alles Faulle auf politischem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiete. Jede einzelne Nummer trägt zu einer im Spiegel der Karikatur und Satire gesehenen Korrektur der Weltzustände bei.

Probenummern und Bestellungen durch G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Günstiges Angebot für Wirt.

SLöwen-Sprudel, das natürlichste kohlenaurere Mineralwasser, welches Sie führen müssen, wollen Sie Ihre Gäste zufriedener stellen.

Verzichtsweise bestens empfohlen. Niederlage bei Kurlenbaur, Nagold Telefon 91.

Ein braver Lehrling

lambie ein Arbeiter

Wann eintreten bei Gottl. Jenne, Schreinerstr., Nagold.

Bäcker-Gesuch.

Ein jüngerer Bäckergehilfe kann sofort eintreten. Auch wird ein kräftiger Junge in die Lehre genommen.

Chr. Lutz, Bäckermeister, Calw.

WEBER HAUSBACKÖFEN und RÄUCHER-APPARATE sind billiger in der Anschaffung, besser und sparsamer im Gebrauch als gemauerte. Verlangen Sie Preislisten ANTON WEBER, ETTLINGEN.

Heute abend 7 Uhr verkauft ich den

Gras- und Dehmderttrag

unseres Rains m. 11 Hekt. Zusammenkunft beim Elektr.-Werk 1504

J. H. Pfanzler. Wistenkarten fertigt G. W. Zaiser.

Der große Wand-

Sfahrplan

mit den Abfahrtszeiten

ist haben erschienen bei G. W. Zaiser, Nagold.

Wer leiht 600 000 M.

auf Hausflügel mit 20 % Zins? Anzeiger unter Nr. 1502 an die Geschäftsstelle des Bl.

Alle Familien-Anzeigen

Geburten, Verlobungen, Vermählungen, Trauerfälle gibt man vorteilhaft bekannt im „Gesellschafter“ (Anzeigerblatt). Weiteste Verbreitung. Bevorzugter Zeitpreis. Schöne Ausführung.

Reinigen Sie Ihr Blut! Dr. Hallebs Blutreinigungstee „Malkar“ ist d. beste. Zu haben bei Gebr. Benz, Löwen-Drug. 1433

Warnung.

Ich warne jedermann, meinen Sohn Johannes Brenner, Tagelöhner, 21 Jahre alt, besonders Kennzeichen: linke Hand fehlt, Gold oder sonstige Wertgegenstände zu geben, da ich für den Schaden nicht aufkomme.

Walddorf, 6 Juni 1923. t. Johannes Brenner.

Eine neumelthige Ziege

unter 4 die Wohl verkauft

J. Bätz, Nagold.

Unter Milchziege verkauft Mich. Spigenberger, Ragold.

